Rund um
Kirchbarkau
Barmissen • Boksee • Bothkamp • Großbarkau • Honigsee • Kirchbarkau • Klein Barkau • Löptin • Nettelsee • Postfeld • Warnau

Oktober 2026 | Ausgabe 268 | 50. Jahrgang

Wärmepumpen-Eignungstest im Barkauer Land

Kann mein Haus mit einer Wärmepumpe beheizt werden, auch ohne umfassende Sanierung?

(Barkauer Land) Das können Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer im Barkauer Land jetzt ganz praktisch herausfinden: In diesem Winter wird ein Wärmepumpen-Eignungstest angeboten. Dabei wird geprüft, ob ein Haus auch mit einer niedrigeren Vorlauftemperatur ausreichend warm bleibt und damit grundsätzlich für den Einsatz einer Wärmepumpe geeignet ist.

Wie der Test funktioniert und wer mitmachen kann, erfahren Sie bei zwei Informationsveranstaltungen am 19. Oktober 2026 um 19:00 Uhr in Boksee und am 20. Oktober 2026 um 19:00 Uhr in Kirchbarkau.

Das Projektteam stellt den Eignungstest vor, beantwortet Fragen und berichtet, wie die Teilnahme konkret abläuft.

Mitmachen können Eigentümerinnen und Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern im Barkauer Land. Besonders interessant ist der Test für ältere Gebäude, die bislang nicht umfassend saniert wurden.

Auch für Haushalte mit Wärmepumpe gibt es im Projekt ein Angebot: Wer bereits eine Wärmepumpe besitzt oder im Rahmen des Projekts eine installiert, kann diese mit einer intelligenten Steuerung ausstatten lassen. Damit lässt sich der Betrieb der Wärmepumpe optimieren, etwa indem sie bevorzugt dann läuft, wenn eigener Solarstrom zur Verfügung steht oder der Strom besonders günstig ist. Technik und Installation werden vom Projekt finanziert. Im Gegenzug füllen die Teilnehmenden Fragebögen aus und ermöglichen die anonymisierte Auswertung von Messdaten.

Der Eignungstest ist Teil des Forschungsprojekts KWIKK, in dem untersucht wird, wie Kommunen nach der Wärmeplanung konkrete Schritte hin zu einer klimafreundlichen Wärmeversorgung gehen können. Im Barkauer Land geht es dabei unter anderem um die Frage, ob eine gemeinsame Beschaffung von Wärmepumpen für mehrere Gebäude sinnvoll sein könnte.

Die Anmeldung zum Eignungstest startet Anfang Oktober. Wer mehr über die verschiedenen Angebote erfahren möchte, ist herzlich zu einer der beiden Informationsveranstaltungen eingeladen.

Bei Fragen wenden Sie sich an Frank Jedicke,
Telefon 0151 217 778 73,
E-Mail:frank.jedicke@t-online.de.



Neuer Organist in St. Katharinen

Der Flintbeker Kirchenmusiker Tomasz Harkot, den viele schon kennen, ist gerne bereit und zeitlich in der Lage, zukünftig die regulären Gottesdienste an Orgel und Klavier (und auch am Akkordeon!) in St. Katharinen zu übernehmen. Auch für die Amtshandlungen steht er der Kirchengemeinde zur Verfügung und schließt eine Lücke, die vormals nur über Vertretungen geregelt werden konnte.

Auf Seite 2 stellt sich Kirchenmusiker Tomasz Harkot vor.

Lebendiger Adventskalender

In diesem Jahr wird wieder zum „Lebendigen Adventskalender" vom 1. - 23. Dezember eingeladen. Vielleicht haben auch Sie einmal Lust, mit Nachbarn vor Ihr Haus – offener Hauseingang, Einfahrt, Carport … - einzuladen zu einer halben Stunde mit Liedern, Gedichten, einer kleinen Geschichte und einem warmen Punsch, mit Weihnachtsplätzchen oder Schmalzbroten, Mandarinen … und netten Gesprächen?

Lassen Sie sich einfach in die Liste im Gemeindebüro (04302/335) eintragen.

Es wird am 26. November um 19 Uhr im Jacob-Selmer-Haus eine kurze Vorbesprechung zu den Details geben.

Der Kalender mit den Adressen wird im nächsten Gemeindebrief zum 1. Advent veröffentlichen.

„Kalter weißer Mann"- Crazy Theater-Zeitgeist in St. Katharinen

Am Samstag, 28. November, 19.30 Uhr erleben Sie folgenden Akt:

Der Nachfolger des mit 94 Jahren friedlich eingeschlafenen Chefs hat mit der Kranzschleife „In tiefer Trauer. Deine Mitarbeiter" die Trauerfeier aus dem Ruder laufen lassen. Denn, was ist z.B. mit den Mitarbeiterinnen?

In einer erhitzten Debatte zwischen ihm und seinen Angestellten prallen aktuelle Diskussionen, Polemiken und Verletzungen rund um die Themen Sexismus, Gendern, Wokeness und politische Correctness aufeinander. Nicht einmal die verzweifelte Pastorin kann die Wogen glätten.

Das Autoren-Duo Jacobs/Netenjakob legt nach dem Theater-Hit „Extrawurst" mit „Kalter weißer Mann" erneut eine schnelle, sehr komische und hochaktuelle Komödie vor.

Eintritt: VVK 14 € / Abendkasse 16 € Vorverkauf über: www.theater-Zeitgeist.de oder ab 1. Oktober im Marktreff und im Kirchenbüro zu den Öffnungszeiten

Impressum
„Rund um Kirchbarkau“ wird herausgegeben von der SPD Barkauer Land.

Redaktion-Edition-Anzeigen
Hans Jürgen Jeß
Dorfstraße 14a
24245 Kirchbarkau
Mobil 0152 33 56 24 58
jess.kirchbarkau@online.de

Homepage
www.rund-um-kirchbarkau.com

Konto
Fördesparkasse
IBAN: DE51 2105 0170 1003 4138 02
BIC: NOLADE21KIE

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Rund um Kirchbarkau

Ausgabe 268 der RuK Online erscheint im Dezember **2026**

Redaktionsschluss ist der **30.11.2026**

EURANORD®

Leckortung • Bautrocknung • Thermografie

- ✓ Feuchtemessungen
- ✓ Langzeit-Raumklimamessungen
- ✓ Rohrkamera-Untersuchungen
- ✓ Gebäudethermografie
- ✓ Industrie- u. Elektrothermografie
- ✓ Luftreinigungen
- ✓ Hohlraum-Trocknungen
- ✓ Wand- / Estrichtrocknungen

Über Netzwerkpartner :
- ✓Schimmelanalysen
- ✓Baugutachten
- ✓Ursachenklärung
- ✓BlowerDoor-Messungen
- ✓ Energieberatung

EURANORD GmbH
Hasseldieksdammer Weg 7
24114 Kiel
Fon: 0431 - 719 88 08
Fax: 0431 - 719 88 43
tk@euranord.de

Besuchen Sie uns im Internet :
www.euranord.de

Heiko Hennig Gebäudetechnik GmbH
Elektro • Heizung • Sanitär • Solar

Seestraße 60 • 24245 Klein Barkau
Telefon: 04302 1825 • Fax: 04302 9327 • info@heiko-hennig.de
www.heiko-hennig.de

Liebe Gemeinde,
ab September 2026 bin ich als Organist in Ihrer Gemeinde und freue mich sehr, dass ich an der so schön klingenden originalen Marcussen-Orgel spielen darf.

Mein Name ist Tomasz Harkot, und viele kennen mich schon als Tomek. Seit über zehn Jahren bin ich Kirchenmusiker in Flintbek, wo ich die Kinderchöre, den Instrumentalkreis und den Kirchenchor leite.

Begonnen hat mein musikalischer Weg in Sanok (Polen), wo ich an der Musikschule lernte, Akkordeon zu spielen. Mein Lehrer dort sagte: „Tomek, Du musst an die Orgel!”.

Und so kam es, dass ich später an der Musikhochschule in Danzig Orgel studierte und danach Kirchenmusik in Hamburg.

Wer mal reinhören möchte, was das ist, findet Aufnahmen auf meiner Webseite tomaszharkot.de.

Natürlich mag ich verschiedene Musikstile wie Pop, Rock und elektronische Musik; besonders wichtig für mich ist aber die Norddeutsche Orgelmusik und Bach.

In meiner freien Zeit fahre ich gelegentlich Mountainbike, fotografiere oder gehe meinem speziellen Hobby nach: der atonalen und mikrotonalen Improvisation an der Orgel.

Nun freue ich mich auf das gemeinsame Singen / Musizieren mit Ihnen in den Gottesdiensten!

Herzliche Grüße
Tomasz Harkot

Neuigkeiten und Ankündigungen zur Kirchenmusik

Unsere Kirchenmusikerin Ingrid Sievers wird aus persönlichen Gründen künftig nur noch an besonderen Festgottesdiensten die musikalische Begleitung der Gottesdienste übernehmen. Sie wird auch weiterhin den Kinderchor, den Jugendchor und den Chor KREUZ UND QUER leiten.

Der Kinder Chor probt immer montags von 17.00 Uhr bis 17.45 Uhr. Wir freuen uns über Kinder, die Spaß an Singen und Bewegung haben. Also steigt gerne mit ein.

In diesem Jahr wird ein neues Jugendchorprojekt für alle jungen Menschen von 12 - 20 Jahren angeboten: „Xmas-Pop“ wird in Proben im Advent Songs für die Christvesper am Heiligabend um 17.00 Uhr einstudieren. Wenn Ihr Lust habt, dabei mitzuwirken, meldet Euch bei Ingrid Sievers. Ab dem 1. Advent dienstags 18.30 - 19.30 Uhr.

Der Chor KREUZ UND QUER, der wieder in der Christnacht mitsingen wird, freut sich über Mitwirkende für eine szenische Aufführung der „Schulmeisterkantate“ und der „Kaffeekantate“, die zu Beginn von 2027 geplant ist. Kommt und singt mit! Jeden Dienstag: 19.30 - 21.00 Uhr

Ausgewählte Gottesdienste und Veranstaltungen aus dem Gemeindebrief

Donnerstag, 8. Oktober, 19.30 Uhr Kirchengemeinderatssitzung
Sonntag, 11. Oktober, 10.00 Uhr Gottesdienst in St. Katharinen mit Abendmahl
Mittwoch, 14. Oktober, 10.00 Uhr Andacht im Seniorenzentrum
Mittwoch, 28. Oktober, 10.00 Uhr Andacht im Seniorenzentrum
Sonntag, 1. November, 11.30 Uhr Gottesdienst in St. Katharinen mit Abendmahl
Mittwoch, 28. Oktober, 15.00 – 17.00 Uhr Jubelgeburtstagskaffee im Jacob-Selmer-Haus
Samstag, 31. Oktober, GottesWerkstatt anlässlich des Reformationstages
15.00 Uhr Begrüßung und Vorstellung der Workshops
15.00 Uhr Workshops für Groß und Klein
17.00 Uhr Werkstatt-Gottesdienst in St. Katharinen
18.00 Uhr Tafeln wie zu Luthers Zeiten
Sonntag, 8. November, 10.00 Uhr Gottesdienst in St. Katharinen
Mittwoch, 11. November, 10.00 Uhr Andacht im Seniorenzentrum
Mittwoch, 11. November, 16.30 Uhr Gottesdienst St. Martin in St. Katharinen
17.15 Uhr Martinsumzug anschließend Ausklang beim Lagerfeuer
Donnerstag, 12. November, 19.30 Uhr Kirchengemeinderatssitzung
Sonntag, 15. November, 10.00 Uhr Gottesdienst in Flintbek
Mittwoch, 18. November, 19.00 Uhr Buß- und Bettag Ökumenischer Gottesdienst in Flintbek
Sonntag, 22. November, 10.00 Uhr Gottesdienst zum Ewigkeitssonntag in St. Katharinen im Gedenken an die Verstorbenen des letzten Kirchenjahres
Samstag, 28. November, 19.30 Uhr Crazy Theater in St. Katharinen
Sonntag, 29. November, 10.30 Uhr, Festgottesdienst zum 1. Advent, anschließend Katharinenmarkt, Köstlichkeiten, Musik und Aktionen
Dienstag, 1. Dezember, 18.00 Uhr Beginn des Lebendigen Adventskalenders
Start am Pastorat – dann immer um 18.00 Uhr an einem anderen Ort unseres Kirchspiels
Sonntag, 6. Dezember, 10.00 Uhr Gottesdienst in St. Katharinen mit Abendmahl zum 2. Advent
Mittwoch, 9. Dezember, 10.00 Uhr Andacht im Seniorenzentrum
Sonntag, 13. Dezember, 3. Advent
10.00 Uhr Gottesdienst in St. Katharinen
17.00 Uhr Punschkonzert Swinging Christmas mit der Swing Company Bigband in St. Katharinen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
PARTEIVORSTAND

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 07.09.2026

Zukunftsmodell statt Auslaufmodell: Beste Bildung – nachhaltig gemeinsam finanziert!

Gute und gleiche Bildungschancen für alle sind von zentraler Bedeutung für eine zukunftsfähige Gesellschaft – für mehr soziale Aufstiegschancen, mehr Wirtschaftswachstum und für eine stabile Demokratie. In Deutschland allerdings werden - das belegen internationale Studien wieder und wieder - die Bildungs- und Lebenschancen stärker als in fast allen anderen OECD-Staaten durch die soziale Herkunft bestimmt.

Das ist nicht allein ein Gerechtigkeitsproblem – es ist ein wirtschaftliches Problem, das sich mit konkreten Auswirkungen auf das BIP beziffern lässt – und es ist ein gesellschaftliches Problem, weil es bereits bei den Kindern die Weichen in Richtung gesellschaftliche Spaltung statt auf Zusammenhalt und Teilhabe für alle stellt.

Diese Unterschiede in den Bildungschancen beginnen häufig bereits vor der Einschulung. Der Staat muss deshalb früh ansetzen. Jedes Kind soll unabhängig davon, in welcher Familie es aufwächst, in welchem Ort es lebt oder wie viel seine Eltern verdienen, gute Chancen auf ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und erfülltes Leben erhalten. Dafür brauchen Kinder gute Bildung, Familien verlässliche Unterstützung und Kitas einen festen Platz im öffentlichen Bildungssystem.

Gute Bildung braucht gute Kitas

Der entscheidende Hebel für bessere und gleiche Bildung liegt in der Kindertagesstätte. Hier können und müssen Nachteile bei den Startchancen so weit wie irgend möglich ausgeglichen werden – sonst verstärken sie sich mit jeder weiteren Stufe der Bildungsbiographie. Denn Bildung beginnt nicht erst mit der Einschulung. In den ersten Lebensjahren werden wichtige Grundlagen für Sprache, Selbstständigkeit, soziale Entwicklung, Bewegung und das weitere Lernen gelegt. Kitas sind deshalb die ersten öffentlichen Bildungsorte außerhalb der Familie. Hier können Benachteiligungen früh erkannt und ausgeglichen werden. Hier lernen Kinder, sich auszudrücken, zuzuhören, Rücksicht zu nehmen, Konflikte zu lösen und gemeinsam mit anderen die Welt zu entdecken. Gute frühkindliche Bildung stärkt Kinder in ihrer Persönlichkeit und verbessert ihre Chancen auf einen erfolgreichen Bildungsweg.

In den letzten 20 Jahren haben wir viel zum Besseren verändert, auf Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Konsenses massiv in Kitas investiert, 2013 den Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag eingeführt, Ausbildung und Bezahlung von Erzieher*innen verbessert, Kita- Gebühren schrittweise abgeschafft. Und doch fehlt ganz offensichtlich ein gemeinsames Verständnis darüber, was Kitas sein sollen: ein echter und ganz zentraler Teil des öffentlichen Bildungssystems - mehr als ein Ort der Verwahrung und mehr als ein Dienstleister, damit Mütter und Väter ihrer Erwerbsarbeit nachgehen können.

Die Gebührenfreiheit von Kitas angesichts knapper Kassen zum Auslaufmodell zu erklären, würde diese Entwicklung konterkarieren. Investitionen in mehr Plätze, mehr Qualität und die Abschaffung von Elternbeiträgen sollten wir nicht gegeneinander ausspielen. Statt eine Bildungsinvestition zulasten einer anderen zu finanzieren, brauchen wir mehr Geld für Bildung! Um die Länder zu stärken, die maßgeblich für Bildung zuständig sind, wollen wir millionenschwere Vermögen und sehr große Erbschaften stärker in die Verantwortung nehmen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um das selbstgenutzte Eigenheim, normale Ersparnisse oder das über Generationen aufgebaute Eigentum der breiten Mitte. Kleine und mittlere Erbschaften wollen wir schützen. Unser Ziel ist vielmehr, Privilegien bei der Übertragung sehr großer Vermögen abzubauen und so zusätzliche Einnahmen für bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

Gebührenfreiheit schafft Zugang und Gerechtigkeit

Gute vorschulische Bildungsangebote sind die zentrale Voraussetzung, damit Eltern ihren Alltag zwischen Beruf und Familie gut bewältigen können. Familien müssen sich auf ihre Kitas verlassen können, in zeitlicher und in qualitativer Hinsicht. Und: Dafür darf es keine finanziellen Hürden geben.

Denn: Wenn eine Familie mit zwei Kindern im Vorschulalter mancherorts nur für die Kita 500 Euro oder mehr im Monat aufbringen muss, dann frisst das jede Lohnerhöhung oder Ausweitung der Arbeitszeit – und das für viele Jahre, von der Krippe bis zum Hort. 500 Euro im Monat sind auch ein Grund, warum es Eltern oft für vernünftiger halten, die Kinder länger zuhause zu betreuen – in den meisten Fällen durch die Mutter, die es dann später bei der Rückkehr in den Beruf doppelt schwer hat und weniger Rentenansprüche sammelt. Dieser Fehlanreiz bleibt für Familien mit mittleren Einkommen auch bei einkommensgestaffelten Kita-Beiträgen.

Beispiele wie Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und zukünftig das Saarland, wo die Landesregierungen die Beitragsfreiheit bereits eingeführt bzw. beschlossen haben, zeigen, dass Gebührenfreiheit zugleich Bildungspolitik, Familienpolitik und Gleichstellungspolitik ist. Sie entlastet Familien direkt und verlässlich. Sie verhindert, dass Kinder aus finanziellen Gründen später oder gar nicht an frühkindlicher Bildung teilhaben. Und sie stärkt die selbstbestimmte Lebens- und Erwerbsplanung von Eltern. Bildung von der Kita bis zur Ausbildung, zum Meister oder Master muss deshalb flächendeckend schrittweise gebührenfrei werden. Was für Schule, Ausbildung und Studium gilt, muss auch für den ersten Bildungsort gelten: Der Zugang darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Gute Kitas für alle stärken Zusammenhalt – von Anfang an

Nicht allein für die Bildungschancen, auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es ein großer Gewinn, wenn sich in den Kindertagesstätten Kinder aus allen Teilen der Gesellschaft begegnen und von Anfang an voneinander lernen und miteinander aufwachsen. Öffentliche Kitas und Schulen sind Orte der Begegnung, der Integration und des sozialen Miteinanders. Hier erleben Kinder Vielfalt, schließen Freundschaften und lernen, füreinander Verantwortung zu übernehmen. Sie sind damit nicht nur zentrale Bildungseinrichtungen, sondern tragende Säulen unserer Demokratie.

Eine Gesellschaft, in der Kinder früh voneinander getrennt aufwachsen und Bildung zunehmend vom Einkommen der Eltern abhängt, wird ungleicher. Eine Gesellschaft, die allen Kindern Zugang zu guten öffentlichen Bildungsangeboten ermöglicht, stärkt Zusammenhalt und Aufstiegschancen. Gebührenfreie Kitas sind deshalb auch ein Bekenntnis zu einer solidarischen Gesellschaft.

Worauf es jetzt ankommt

1. Beste Bildung nachhaltig gemeinsam finanzieren – millionenschwere Vermögen stärker beteiligen: Beste Bildung für alle von Anfang an braucht eine kraftvolle und nachhaltige gesamtstaatliche Finanzierung. Dafür wollen wir diejenigen stärker in die Verantwortung nehmen, die millionenschwere Vermögen erben oder geschenkt bekommen. Für uns ist dabei klar: Das Eigenheim der Familie, normale Ersparnisse und kleine und mittlere Erbschaften sind nicht gemeint. Sie sollen geschützt bleiben. Handlungsbedarf besteht dort, wo aufgrund weitreichender Sonderregelungen Vermögen in Millionen- und Milliardenhöhe nahezu steuerfrei übertragen werden können. Diese Privilegien wollen wir abbauen. Wer ein sehr großes Vermögen erbt, kann einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Die zusätzlichen Einnahmen wollen wir gezielt in bessere Bildung und damit in die Zukunft aller Kinder investieren.

2. Frühen Bildungserfolg sichern: Kein Kind soll ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten – und keines die Grundschule verlassen, ohne ausreichend sprechen, zuhören, lesen, schreiben und rechnen zu können. Mit vier Jahren muss der Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt werden (sprachliche und motorische Fähigkeiten) und wenn nötig eine verpflichtende, verbindliche Förderung im Jahr vor der Schule erfolgen. Kitas in benachteiligten Lagen brauchen wie die Schulen im Startchancenprogramm eine gezieltere Förderung. Hier sind Bund und Länder – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam gefragt. Das Gesetz zur Verbesserung der Startchancen von Kindern und zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung ist dafür ein guter Anfang – mit einem Gesamtvolumen von gut 9 Mrd. Euro für die Dauer von 8 Jahren beginnend ab dem kommenden Jahr.

3. Mehr Kita-Plätze, bessere Qualität und schrittweise Gebührenfreiheit weiter fördern: Wir unterstützen ausdrücklich all jene Länder und Kommunen, die in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um Kita-Gebühren ganz oder teilweise abzuschaffen – aus eigenen Mitteln oder auch mit denen des Bundes. Der Bund leistet seinen Beitrag, indem er Länder und Kommunen in dieser Legislaturperiode weiterhin mit vielen Milliarden Euro dabei hilft, Kindertagesstätten auszubauen oder zu sanieren und in bessere Qualität der frühen Bildung zu investieren. Der richtige Schritt im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens wäre es, Schritte zur Gebührenfreiheit bzw. die Gebührenfreiheit an sich wieder in den Katalog der förderfähigen Qualitätsmerkmale aufzunehmen.

Nach dem PISA-Schock:

Die Wiege der Bildung liegt in der Kita

Deutschlands Schüler*innen schneiden bei der PISA-Studie so schlecht ab wie nie. Gegensteuern heißt, Bildungsdefizite früh erkennen und Kitas besser ausstatten – mit mehr Personal, gezielter Förderung und Investitionen statt Kürzungen.

Ein Kommentar von Lars Haferkamp

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr.“ Der Volksmund weiß das schon lange. Wie wichtig das frühe Lernen für den weiteren Bildungsweg ist, hat die aktuelle PISA-Studie noch einmal belegt. Wer in jungen Jahren Lesen, Schreiben und Rechnen nicht richtig erlernt, wird oft in seinem ganzen Berufsleben Probleme haben.

Hier liegt eine der Ursachen für die aktuell schlechtesten Werte im Lesen, in Mathematik und Naturwissenschaften, die Deutschlands Schüler*innen jemals in einer PISA-Studie erreicht haben. Sie müssen ein Weckruf für die deutschen Politiker*innen sein, jetzt alles zu tun, um die Bildung junger Menschen zu stärken.

Und dabei kommt es zuerst und vor allem auf die Kitas an. Sie brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Personal. Sicher ist hier in den letzten 20 Jahren viel passiert: Es wurde massiv in Kitas investiert, ein Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung eingeführt, die Ausbildung und Bezahlung von Erzieher*innen verbessert, vielerorts wurden die Kita-Gebühren gesenkt oder ganz abgeschafft. Aber all das reicht offensichtlich nicht aus, wie die aktuelle Pisa-Studie offenbart.

Es ist dringend nötig, die Bildungsdefizite von Kindern früh zu erkennen, um gegensteuern zu können, also noch vor der Einschulung. So sollte mit Sprach- und Mathematiktests flächendeckend der Entwicklungsstand aller Vierjährigen analysiert werden. Werden dabei wichtige Defizite festgestellt, muss unverzüglich gegengesteuert werden. Mit einer verpflichtenden Förderung vor dem Eintritt in die Schule.

Die regelmäßigen Tests sollten in der Grundschule fortgeführt werden. Kinder mit Lerndefiziten sollten hier umgehend in kleinen Gruppen speziell gefördert werden. Generell sollten Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen in der Unterrichtszeit priorisiert werden, legen sie doch die Grundlage für den weiteren Bildungsweg der Schüler*innen. Das bedeutet in der Praxis: Mehr Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathematik sind notwendig, am besten täglich. Schulen mit einem hohen Anteil an lernschwachen Kindern müssen zusätzlich gefördert werden, mit mehr Geld und mehr Personal.

Bildung ist in Deutschland laut Grundgesetz weitgehend Ländersache. Der Föderalismus darf jedoch kein Hemmschuh für die notwendigen Veränderungen sein. Das bedeutet zum einen, dass der Bund ausreichende Möglichkeiten haben muss, die Länder in der Bildungspolitik zu unterstützen. Und zum anderen, dass die Bundesländer nicht 16 mal ihr ganz eigenes Süppchen kochen, sondern dass sie voneinander lernen, was funktioniert und was nicht.

Da besonders Kinder aus sozial schwachen Familien Bildungsdefizite haben, ist eine Entlastung bei den Kita-Gebühren ein durch nichts zu ersetzender Schritt, um den Betroffenen möglichst früh einen Zugang zu Bildung zu ermöglichen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. Die Gebührenfreiheit sollte zum Standard in allen Bundesländern werden.

Das all das mehr Investitionen erfordert, liegt auf der Hand. So wichtig und nötig das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz sowie der Ausbau der Verteidigungsinvestitionen sind, die Bildung darf dabei nicht unter den Tisch fallen. Geplante Kürzungen, etwa in der Kinder- und Jugendhilfe, beim Unterhaltsvorschuss und dem Kindersofortzuschlag oder bei der Schulbegleitung für Kinder mit Behinderung, dürfen nicht kommen. Denn eine gute wirtschaftliche und soziale Perspektive hat unser rohstoffarmes Land nur mit gut ausgebildeten Menschen. Hier entscheidet sich unsere Zukunft.

Die pauschale Abschaffung der Rente mit 63 wäre ein Fehler

Das Aus der abschlagsfreien „Rente mit 63“ schien beschlossene Sache – nun ist die Debatte zurück. Das ist gut so.
Ein Kommentar von Lea Hensen

Vorneweg: Der Name „Rente mit 63“ führt in die Irre. Wer heute nach 45 Jahren vorzeitig in Rente geht, ist mindestens 64 Jahre und sechs Monate alt, weil die Altersgrenze mit dem regulären Renteneintrittsalter mitgestiegen ist. Die Rentenkommission empfiehlt, die abschlagsfreie Frührente zu streichen, um die angespannte Rentenkasse zu entlasten. Würde die Regel fallen, könnten die meisten Rentner*innen einen abschlagsfreien Ruhestand ab 2031 frühestens mit 67 Jahren erreichen.

Angesichts der jüngsten Wahlergebnisse sollte die Bundesregierung diese Pläne hinterfragen. Rund 250.000 bis 280.000 Menschen nehmen laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) jedes Jahr die abschlagsfreie Frührente neu in Anspruch. In Ostdeutschland, wo die AfD besonders punktet, sind es mehr als im Westen.

Rentner*innen im Osten erreichen die 45 Versicherungsjahre deutlich häufiger, weil sie in der DDR früher anfingen zu arbeiten, weniger Berufswechsel hatten und Frauen deutlich häufiger und länger arbeiteten. Nach der Wiedervereinigung haben Ostdeutsche dann jahrzehntelang für wesentlich niedrigere Löhne geschuftet, verfügen heute kaum über Betriebsrenten und über weniger Privatvermögen als Menschen im Westen. Es wäre unfair, gerade sie mit Abschlägen zu belasten.

Vieles an den Reformvorschlägen der Rentenkommission ist sinnvoll, unter anderem will sie das Rentenniveau von 48 Prozent stabilisieren. Gleichzeitig hören die Menschen, sie müssten Einschnitte in Kauf nehmen, seien zu oft krank, und würden grundsätzlich zu wenig arbeiten, während sie monatelang auf einen Arzttermin warten und immer höhere Mieten zahlen. Das macht wütend – und wer wütend ist, interessiert sich weniger für Fakten.

Auf der anderen Seite steht das Geld. Laut DIW würde der Staat mit der Abschaffung der Frührente pro Rentnerjahrgang fast zehn Milliarden Euro sparen. Angesichts der milliardenhohen Zuschüsse zur Rentenversicherung, die der Bund jährlich leistet, ist das ein echter Faktor. Nur muss sich die Bundesregierung fragen, was wichtiger ist: der politische Preis oder der Preis für den Fiskus.

Deswegen muss es Kompromisse geben. Das gilt insbesondere für Menschen, die jahrzehntelang in körperlich oder psychisch herausfordernden Berufen geschuftet haben. Die Rentenkommission schlägt eine Härtefallregel vor, doch bedeutet die, dass Rentner*innen erst beweisen müssen, dass sie aus gesundheitlichen Gründen das reguläre Renteneintrittsalter nicht erreichen.

Österreich ist dafür gerade kein gutes Beispiel: Die Schwerarbeit, nach der Rentner*innen dort auch schon mit 60 in den Ruhestand gehen können, muss unter anderem über den Kalorienverbrauch während der Arbeitszeit belegt werden – bei Männern müssen es mindestens 2.000 Kilokalorien sein, bei Frauen 1.400. Erst seit kurzem genügen Pflegeberufe den Anforderungen.

So weit darf es in Deutschland nicht kommen: Wer 45 Jahre eingezahlt hat, sollte früher gehen dürfen, ohne vorher beweisen zu müssen, dass er kaputt ist. Wenn man die „Rente mit 63“ tatsächlich reformiert, dann sollte sich der Anspruch zumindest an Berufsgruppen orientieren: An Berufen in der Pflege, Schichtarbeiten oder an Arbeit auf dem Bau. Und in jedem Fall braucht eine Änderung der Rente sinnvolle Übergangsregeln. Die Menschen in diesem Land haben sich darauf verlassen, dass ihre Lebensleistung belohnt wird. Darin darf man sie nicht enttäuschen.

Berichte aus Brüssel

von unserer Europaabgeordneten Delara Burkhardt

Europa darf nicht nur zuschauen

Steigende Energiepreise, soziale Unsicherheit und Tech-Konzerne, die immer mehr Einfluss auf unseren Alltag gewinnen: Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Die Antwort darauf darf nicht weniger Europa sein, sondern ein Europa, das seine Regeln selbst setzt – auch gegenüber den mächtigsten Unternehmen der Welt.

Ursula von der Leyen hat jüngst ihre Rede zur Lage der Europäischen Union, die sogenannte State of the Union, gehalten und dabei die Ziele und Visionen der Europäischen Kommission vorgestellt. Ein wichtiges Signal war dabei auch die Einladung an Kanada, die Beziehungen zur Europäischen Union weiter zu vertiefen. Was das konkret bedeutet, ist noch nicht vollständig klar. Es zeigt aber, wie wichtig enge Partnerschaften in einer unsicherer werdenden Welt sind.

Viel gesprochen wurde über Europas Stärke und Wettbewerbsfähigkeit. Was dabei allerdings gefehlt hat, war die konkrete Antwort auf eine Frage, die viele Menschen beschäftigt: Was tut Europa gegen hohe Preise, teure Mieten und soziale Unsicherheit?

Für uns als Sozialdemokratie ist klar: Wettbewerbsfähigkeit darf nicht nur eine Frage von Unternehmensgewinnen sein. Sie muss im Alltag der Menschen ankommen – mit guten Arbeitsplätzen, bezahlbarer und sauberer Energie und Technologien, die uns unterstützen, statt uns auseinanderzutreiben.

Dafür müssen wir auch dort Geld einsammeln, wo heute Milliarden verdient werden. Big Tech verschiebt Gewinne in Steueroasen, während Ölkonzerne Krisen für hohe Gewinne nutzen. Deshalb brauchen wir eine europäische Digitalsteuer und eine Steuer auf Übergewinne von Ölkonzernen. Die Einnahmen können wir in gemeinsame europäische Lösungen investieren – in Menschen, Umwelt, Infrastruktur und eine starke Wirtschaft.

Und Europas wichtigste Ressource bleiben die Beschäftigten. Der angekündigte Quality Jobs Act muss deshalb noch 2026 kommen und Beschäftigte besser schützen – etwa beim Einsatz von KI, bei psychischen Belastungen



und in Subunternehmerketten.

Auch der Vorschlag von der Leyens für strengere Regeln zum Schutz junger Menschen in sozialen Medien hat viel Aufmerksamkeit bekommen. Das ist richtig – denn Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz. Aber die Debatte darf nicht bei Altersgrenzen enden. Wir müssen die Betreiber sozialer Netzwerke stärker in die Verantwortung nehmen und soziale Medien für alle Nutzerinnen und Nutzer sicherer und fairer machen.

Für Kinder und Jugendliche kann dazu ein Jugendmodus gehören, der Schutzfunktionen automatisch aktiviert. Aber auch für alle anderen muss gelten: Endloses Scrollen und Autoplay dürfen nicht einfach der Standard sein. Manipulative Tricks, die uns zu Klicks, Käufen oder Abos drängen, gehören verboten. Nutzerinnen und Nutzer müssen einfach entscheiden können, ob ihre Daten für personalisierte Werbung und Empfehlungen genutzt werden. Auch bei Influencer-Werbung brauchen wir klare Grenzen: Werbung muss als solche erkennbar sein und darf nicht gezielt die Verwundbarkeit von Menschen ausnutzen.

Für mich ist klar: Wer Milliarden mit unserer Aufmerksamkeit und unseren Daten verdient, trägt Verantwortung dafür, wie diese Angebote gestaltet sind. Diese Verantwortung müssen wir in Europa mit klaren Regeln und spürbaren Sanktionen durchsetzen.

Kinder und Jugendliche besser schützen

Soziale Medien gehören für Kinder und Jugendliche längst zum Alltag. Sie bieten Möglichkeiten, sich zu informieren, miteinander in Kontakt zu bleiben und neue Dinge zu entdecken. Gleichzeitig begegnen Minderjährige dort Cybermobbing, sexualisierten und gewaltvollen Inhalten, Desinformation und Geschäftsmodellen, die darauf ausgelegt sind, möglichst lange Aufmerksamkeit zu binden.

Wir fordern deshalb stärkere Schutzregeln und eine konsequente Durchsetzung des bestehenden EU-Rechts. Plattformen müssen ihre Dienste altersgerecht gestalten. Besonders schädliche suchtfördernde Funktionen sollen verboten und Empfehlungsalgorithmen transparenter werden. Personalisierte Werbung für Minderjährige soll ausgeschaltet werden.

Wir brauchen europäische Regeln, die für alle Plattformen gelten und die Verantwortung dorthin geben, wo sie hingehört: zu den großen Tech-Unternehmen.

Haus-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Aufruf zur Nominierung bis zum 15. Oktober 2026

Der wissenschaftliche Wettstreit um die besten und richtigen ökonomischen Ideen, Modelle und Politikempfehlungen braucht eine größere Theorienvielfalt, Methodenpluralismus und Interdisziplinarität. Mit dem Haus-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik sollen daher Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler:innen geehrt werden, die jenseits der volkswirtschaftlichen Standardtheorie oder des makroökonomischen Mainstreams neue Antworten auf die großen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen geben.

Nominierungen für Buch- und Medienpreis

Der Haus-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik wird in zwei Kategorien ausgeschrieben:

* Buch

* Andere Medien: Print, Online, TV, Radio, Multimedia, z.B. Artikel in Fachzeitschriften, Blogs, Podcasts, Videoformate

Bis zum 15. Oktober 2026 können Veröffentlichungen nominiert werden, deren Erscheinen nicht länger als ca. 12 Monate zurückliegt. Autor:innen können sich *nicht persönlich* bewerben, sondern müssen nominiert werden. Bitte nutzen Sie dazu ausschließlich unser Nominierungsformular.

Preisgeld

Das Preisgeld beträgt jeweils 12.000,- Euro für den Buch- und 8.000,- Euro für den Medienpreis.

Preisverleihung

Ausgeschrieben wird der Preis von der Haus-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Preisverleihung findet im Frühjahr 2027 in Berlin statt.

Mehr Informationen zum Haus-Matthöfer-Preis, zur Jury und zu den Teilnahmebedingungen finden Sie auf unserer Webseite: Wirtschaft weiter denken.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Abt. Analyse, Planung und Beratung
Hiroshimastr. 17
10785 Berlin

E-Mail: htmm-preis@fes.de
www.fes.de/apb

Zur Webseite mit Nominierungsformular

Über die FES

Wer wir sind: Die FES ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. Benannt ist sie nach Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten. Als politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Als gemeinnützige Institution agieren wir unabhängig und möchten den pluralistischen gesellschaftlichen Dialog zu den politischen Herausforderungen der Gegenwart befördern. www.fes.de

Junge Menschen an Europas Zukunft beteiligen

Wenn wir wollen, dass junge Menschen Vertrauen in Europa haben, müssen wir dafür sorgen, dass sie sich von europäischer Politik repräsentiert fühlen und mitreden können.

Genau darum ging es in dieser Woche bei der Abstimmung zur EU-Jugendstrategie. Sie soll die Lebenssituation junger Menschen verbessern und ihre Beteiligung an gesellschaftlichen und politischen Prozessen stärken. Ab 2027 soll die Jugendpolitik der EU neu ausgerichtet werden.

Meine Kollegin Sabrina Repp, Berichterstatterin für die EU-Jugendstrategie, macht dabei einen wichtigen Punkt: Junge Menschen müssen über den gesamten politischen Prozess hinweg beteiligt werden und nachvollziehen können, was aus ihren Vorschlägen wird.

Das gilt besonders für junge Menschen, die heute weniger Möglichkeiten zur politischen Beteiligung haben – etwa weil sie im ländlichen Raum leben, keine Ausbildung finden oder mit einer Behinderung leben.

Auch die mentale Gesundheit junger Menschen und die steigenden Lebenshaltungskosten müssen dabei stärker in den Blick genommen werden. Deshalb gehören für mich bezahlbares Wohnen, faire Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie Unterstützung und Prävention in Schulen, Hochschulen, Jugendarbeit und Sport ganz selbstverständlich zu einer europäischen Jugendpolitik.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Kommission diese Forderungen auch in die nächste EU-Jugendstrategie übernimmt.

Wir stärken Sicherheit gegen hybride Angriffe

Der versuchte Drohnenangriff auf den Flughafen Leipzig/Halle zeigt, dass sich die Bedrohungslage in Europa verändert. Eine mit Sprengstoff präparierte Drohne wurde in der Nähe ukrainischer Frachtmaschinen gefunden und entschärft. Die Bundesregierung macht Russland dafür verantwortlich und will sich auf EU-Ebene für weitere Sanktionen einsetzen.

Sabotage, Cyberangriffe, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastruktur gehören zu den Instrumenten hybrider Einflussnahme. Europa muss deshalb besser vorbereitet sein. Flughäfen, Energieversorgung und Kommunikationsnetze müssen besser geschützt werden. Gleichzeitig brauchen wir eine engere Zusammenarbeit bei der Drohnenabwehr und beim Austausch von Informationen.

Nationale Alleingänge bringen uns hier nicht weiter. Wenn Europa seine Widerstandsfähigkeit stärken will, müssen die Mitgliedstaaten enger zusammenarbeiten und Verantwortliche für solche Angriffe zur Rechenschaft ziehen

Die Bundesautobahn 21 – ein Lärmproblem?

(Barkauer Land) Am 1. April 2026 eröffnete der Verkehrsminister des Landes Schleswig-Holstein Claus Ruhe Madsen im Beisein von Landes- und Bundespolitikern, den Verantwortlichen der Autobahn GmbH und vielen Kommunalpolitikern, darunter alle Bürgermeister des Barkauer Landes, feierlich das fertiggestellte Teilstück der A 21 zwischen Nettelsee und Klein Barkau. Lange Jahre Planungsarbeit und Zusammenarbeit zwischen den Planungsbehörden und den kommunalen Akteuren lagen hinter uns. Auch die Einschränkungen durch den Baustellenbetrieb und ständig geänderte Verkehrsführungen waren nun Geschichte.

Alles schien so weit gut zu sein. Leider mehrten sich in den Wochen nach der Eröffnung des Teilstücks der BAB 21 die Beschwerden betroffener Bürger und Bürgerinnen wegen des Verkehrslärms von der A 21. Besonders betroffen waren nach meiner Wahrnehmung die Gemeinden Nettelsee und Warnau. Der Lärm war in diesen Gemeinden vor allem bei Wind aus Nordost und Ost sehr groß, also dann, wenn meistens gutes Wetter herrschte und man auch mal gerne draußen im Garten sitzen wollte.

Aber auch aus den anderen Gemeinden gab es Beschwerden. Daher beschlossen die acht Bürgermeister der betroffenen Gemeinden aus Klein Barkau, Groß Barkau, Postfeld, Kirchbarkau, Barmissen, Warnau, Nettelsee und Löptin im Juni 2026 ein gemeinsames Schreiben an den Verkehrsminister aufzusetzen und um Abhilfe zu bitten.

Bereits am 8. Juli antwortete der Minister auf das Schreiben. Er verwies darauf, dass seitens der Autobahn GmbH alle im Planfeststellungsverfahren dokumentierten Maßnahmen insbesondere zum Lärmschutz umgesetzt wurden und die gesetzlichen Grundlagen gemäß der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) eingehalten wurden.

Die Bürgermeister waren mit dieser Auskunft nicht einverstanden, daher entschlossen sich die Bürgermeister der Gemeinden Löptin Gernot Gurkasch, Postfeld Uwe Leiner und Nettelsee Hanno Rixen, dem Minister auf sein Schreiben zu antworten. Wieder gab es ein Antwortschreiben vom Minister vom 17. September 2026. Darin betonte der Minister erneut, dass alle Lärmschutzmaßnahmen gemäß dem Planfeststellungsbeschluss vom 21.12.2016 umgesetzt wurden. Er verwies darauf hin, dass Ansprechpartner für unsere Beschwerden nicht das Landesministerium sei, sondern die Autobahn GmbH Nord.

Sicher spielt auch die Gewöhnung an die Bauphase eine gewisse Rolle. Mehrere Jahre war die Geschwindigkeit auf dem nicht fertiggestellten Teilstück auf 50 km/h, an einigen Stellen sogar auf nur 30 km/h beschränkt. Daher stelle ich hier die provokative Frage, warum auf diesem Teilstück keine Geschwindigkeitsbegrenzung angeordnet wurde? Auf anderen Teilstücken der A 21 wurde dies gemacht, z.B. bei Bad Oldesloe und Daldorf.

Gleichwohl konnte ich mich bei Terminen auf den Grundstücken betroffener Einwohner und Einwohnerinnen davon überzeuge, dass der Verkehrslärm – gelinde ausgedrückt – störend war. Mich stört außerdem die Formulierung „alles sei berechnet und richtig so“. Warum kommt niemand von der Autobahn GmbH auf die Idee, die Berechnung mit Schallpegelmessungen zu verifizieren – oder festzustellen, dass die Realität anders aussieht als die Theorie?

Wie werden wir weiter vorgehen? Die Bürgermeister werden nun ein Schreiben an die Autobahn GmbH aufsetzen mit dem gleichen Inhalt wie das Schreiben an den Verkehrsminister.

Ferner biete ich den betroffenen Einwohnern und Einwohnerinnen in Warnau und in Nettelsee an, punktuelle Messungen der Lärmimmissionen auf deren Grundstücken durchzuführen.

Laut der Technischen Anleitung Lärm (TA Lärm) soll der Schallpegel in Dorfgebieten tagsüber nicht über 60 dBA und nachts nicht über 45 dBA liegen. Für reine Wohngebiete gelten Richtwerte von tagsüber 55 dBA und nachts 40 dBA.

Sollte sich herausstellen, dass die Schallpegelmessungen die Richtwerte der TA Lärm überschreiten, werde ich die Autobahn GmbH mit diesen Ergebnissen konfrontieren.

Zusätzlich werde ich im Spätherbst 2026 (ein genauer Termin wurde noch nicht festgelegt) zu einer Einwohnerversammlung in Warnau einladen. Wir wollen uns über die Lärmproblematik austauschen und weitere Schritte abstimmen.

Karl Oberem
Bürgermeister Warnau

Vandalismusschaden behoben



RuK berichtete in Aktuell von dem Vorfall. Für einen mittleren 3-stelligen Betrag konnte der Schaden von einer Firma behoben werden. Wer waren die Täter?



Stromkasten vor dem Sportheim im neuen Outfit



Am 11. September wurde von 09.00 bis 13.00 die Station von Künstlern nach Vorgaben der Gemeindevertretung gestaltet. Auftraggeber ist - wie auch andernorts - die SH Netzt GmbH.
Hoffentlich bleibt uns der schöne Anblick erhalten.



Per Fahrrad von Nettelsee bis Klein Barkau

Die Tour startet am Beeksberg. Auf der alten Bahntrasse bis Warnau ist ein hervorragender Weg mit breiten Spurplatten entstanden. Inzwischen ist auch der letzte Abschnitt bis auf die Warnauer Brücke asphaltiert worden. Von dort führt ein Geh/Radweg bis zur Dorfstraße. Am Dorfplatz biegt man ab in den Neuenbrooker Weg, der in den Warnauer Weg mündet. Auch dieser ist mit breiten Spurplatten als Geh/Radweg ausgebaut worden. Auch das letzte Ende vor der Dorfstraße in Kirchbarkau wurde entsprechen wieder hergerichtet. An der Dorfstraße angekommen, fährt man nach rechts zur alten B404, jetzt K10, und nutzt den verbreiterten Fahrradweg bis zur Kreuzung des Alten Bahndamms. Dort muss man die K10 überqueren und fährt auf einer neuen, kurzen Veloroute bis in den Brammerkamp in Klein Barkau. Am Ende dieser Sackgasse führen zwei Wege bis auf die Preetzer Straße. Den alte Fahrradweg findet man am Ende der Dorfstraße. Es ist ein kleiner Anstieg hinauf auf die Preetzer Straße direkt am Übergang kurz vor der Autobahnbrücke. Bis vor ein paar Tagen regelte noch eine Bedarfsampel die Straßenquerung, um den Fahrradweg nach Kiel an der B404 zu erreichen.

Jetzt heißt es „Augen auf im Verkehr“!

Übrigens, eine offizielle Eröffnung der Veloroute hat es noch nicht gegeben. Es fehlt noch die Widmung des Brammerkamp als Spielstraße!
















1. Oktober - eine sehr erfolgreiche und vom Wetter begünstigte Jubiläumsveranstaltung des MarktTreffs in Kirchbarkau





Neue Berichte zum Ausbau der A21 folgen in RuK Aktuell.

Das Wetter im Sommer 2026 in Warnau

Der Juni 2026 als erster meteorologischer Sommermonat begann mit Tagestemperaturen deutlich über 20 °C recht warm, nachts blieben die Temperaturen im zweistelligen Bereich. Danach herrschte bis zur Monatsmitte relativ kühles Wetter mit viel Regen, tagsüber pendelten die Höchsttemperaturen um 20 °C, nachts fielen die Temperaturen bis auf 8 °C.

Sollte der Sommer eher schlecht ausfallen? Nein, denn ab der Monatsmitte stiegen die Temperaturen steil an. Am 20. Juni, also einen Tag vor dem kalendarischen Sommeranfang wurden schon 31 °C gemessen, also ein sogenannter Tropentag registriert. Auch die Nachttemperaturen wurden deutlich höher, ebenfalls am 20. Juni wurden 19,5 °C gemessen. Gleichzeitig kam es nur noch zu gelegentlichen leichten Schauern, es sollte ein heißer Sommer werden. Nach dem 20. Juni nahm der Sommer nach einer kurzen Verschnaufpause weiter Anlauf. Am 24. Juni wurden 30,5 °C gemessen, am 26. Juli schon 32,0 °C und am 27. Juli rekordverdächtige 35,0 °C! Gleichzeitig blieben die Nachttemperaturen vom 27. bis zum 29. Juni über 20 °C, was bedeutete, dass die Nächte unangenehm warm waren – sogenannte Tropennächte. Der 27. Juni endete nachts mit einem Gewitter und starken Regenfällen.

Insgesamt war der Juni 2026 mit einer Durchschnittstemperatur von + 18,5 °C etwa 3 Grad wärmer als im langjährigen Durchschnitt. Die Niederschlagsmenge betrug nur 48,3 mm und damit knapp zwei Drittel des langjährigen Mittelwertes. Auffällig waren die große Anzahl von Tropentagen im Juni (5) und Tropennächten (3).

Die Höchsttemperatur von 35,0 °C ist übrigens seit Beginn meiner Aufzeichnungen Ende 1992 der höchste Wert für einen Junimonat. Wärmer war es in den letzten Jahren nur am 20. Juli 2022 mit + 35,5 °C

Stehen wir vor einer Klimawende? Nein, wir befinden uns schon mittendrin! Während wir in Schleswig-Holstein von der ausgleichenden Wirkung von Nord- und Ostsee profitieren, sind die zuletzt in Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg gemessenen Höchstwerte von bis zu 42 °C noch in weiter Ferne. Auch Nachttemperaturen von wenig unter 30 °C sind eine enorme Belastung vor allem für kranke oder ältere Menschen.

Ich stelle mittlerweile fest, dass das Klima in Schleswig-Holstein sehr ähnlich mit dem Klima meiner Heimat, dem westlichen Ruhrgebiet vor 40 Jahren, ist. Wenn Sie meine Wetterberichte der letzten Jahre gelesen haben, werden Sie feststellen, dass die registrierten Temperaturen fast immer deutlich über dem langjährigen Mittelwert – der sich übrigens auf die Periode 1961 bis 1990 bezieht – liegen und nur sehr selten darunter.

Der Juli 2026 schwächelte erst etwas. Die Tagestemperaturen lagen in der ersten Juliwoche nur bei 20 °C oder etwas darüber und nachts zwischen 12 und 16 °C. Und es regnete häufig und ergiebig. Um den 10. Juli wurde es wärmer und die Regenfälle weniger. Immerhin hatten wir noch etwas Regen, so dass hier noch grüne Rasenflächen zu beobachten waren. Meinen Urlaub hatte ich ab dem 16. Juli in Mülheim an der Ruhr verbracht. Dort war nach einer vier Wochen dauernden Periode ohne jeden Regen kein grüner Grashalm mehr zu sehen. Und die Temperaturen dort lagen zeitweilig bei bis zu 39 °C.

Zum Monatsende wurde es dann noch mal richtig warm, am 30. Juli wurden + 34,0 °C gemessen.

Somit hatte der Juli 2026 einen Tropentag (und keine Tropennacht) zu vermelden, er war mit einer Durchschnittstemperatur von + 18,6 °C etwas wärmer als der Juni 2026 und etwa 2 Grad wärmer als der langjährige Mittelwert. Die Niederschlagsmenge betrug 51,1 mm und damit nur etwa 60 % des langjährigen Mittelwertes.

Der August 2026 begann recht warm, am 5. August wurden + 28,0 °C, am 9. August + 29,0 °C gemessen. Auch am 13. und am 14. August wurde es mit + 28,0 bzw. +29,0 °C gemessen. Die 30-Grad-Marke wurde allerdings nicht mehr geknackt, so dass der August 2026 ohne einen Tropentag blieb. Allerdings verzeichnete Warnau am 5. August mit einer Minimaltemperatur von 21 °C eine Tropennacht. Meist blieb es trocken, nur am 4. und am 10. August gab es nennenswerte Regenfälle.

Ab dem 17. August kamen atlantische Tiefausläufer nach Schleswig-Holstein. Diese brachte vermehrt Regenschauer zu uns und sinkende Temperaturen, tagsüber wurde die 20-Grad-Marke nicht mehr erreicht. Ab dem 24. August wurden tagsüber auch wieder Temperaturen von deutlich über + 20 °C gemessen, nachts blieb es mit 16 – 17 °C sehr mild. Am 28. August 2026 ging abends ein Gewitterguss herunter, der zwischen 18:05 und 18:20 Uhr rekordverdächtige 23,1 mm Niederschlag brachte!

Insgesamt war der August 2026 mit einer Durchschnittstemperatur etwa ein halbes Grad kühler als der Juni und der Juli 2026, gleichwohl etwa 2 Grad wärmer als der langjährige Durchschnitt für einen Augustmonat. Die Niederschlagsmenge betrug 80,2 mm und lag damit etwas über dem langjährigen Durchschnitt. Insgesamt war der Sommer 2026 etwa 2 bis 2,5 °C wärmer als im langjährigen Durchschnitt und aufgrund der zu trockenen Monate Juni und Juli etwas zu trocken.

Der September ist eigentlich der erste Monat des Herbstes. Aufgrund der sinkenden Sonnenhöhe und der nun deutlich wahrnehmbaren Abnahme der Tageslängen wäre der Rückgang der Temperaturen eigentlich zu erwarten. Die Tagestemperaturen pendelten bis zum 13. September zwischen 17 und 24 °C, befanden sich also noch auf spätsommerlichem Niveau. Auch nachts blieb es relativ mild, erst am 11. September wurde die 10-Grad-Marke unterschritten.

Bis zum 13. September 2026 wurde eine Durchschnittstemperatur von + 16,3 °C und eine Niederschlagsmenge von 52,0, mm registriert. Der September 2026 war also in den ersten zwei Wochen relativ warm und feucht.

Karl Oberem

Wetterdaten Juni bis September 2026 / Warnau

	Juni 2026	Juli 2026	August 2026	September 2026 (bis 13.)
Max.Temp./°C	23,4	22,7	22,1	19,1
Min.Temp./°C	13,6	14,5	13,9	13,5
Monatstemp./°C	**18,5**	**18,6**	**18,0**	**16,3**
(langjähriges Mittel)	*15,5*	*16,5*	*16,0*	*13,0*
höchste Temp./°C	35,0	34,0	29,0	24,0
tiefste Temp./°C	7,5	9,5	8,0	8,5
Tropentage / ≥ 30°C	5	1	0	0
Sommertage / ≥ 25°C	10	9	6	0
Warme Tage / ≥ 20°C	22	23	24	3
Frosttage / T(min) ≤ 0°C	0	0	0	0
Eistage / T(max) ≤ 0°C	0	0	0	0
Gewittertage	3	1	3	0
Nebeltage	0	0	1	0
Tage mit Schneedecke	0	0	0	0
Regentage / ND ≥ 1 mm	10	10	10	8
Niederschlagsmenge / mm	**48,3**	**51,1**	**80,2**	**52,0**
(langjähriges Mittel)	*75*	*85*	*75*	*75*
Niederschl. als Schnee / mm	0	0,0	0,0	0,0